

Links oder linksradikal?

Die KPD zwischen Novemberrevolution und Kapp-Putsch

von ■ Erhard Korn



Märzkaempfe 1921: Verhaftung von Arbeitern in Eisleben (dpa)

Nach der Niederschlagung der Januar- und Märzunruhen, der Räterepubliken in Bremen und München endete die »zweite Phase« der Novemberrevolution 1919. Viele Mitglieder der KPD wurden ermordet, verhaftet oder ohne Verfahren monatelang in Schutzhaft genommen.

Mitte 1919 setzte eine »dritte Phase« ein, die ihre Ursachen in einer zunehmenden Enttäuschung über die Ergebnisse der Revolution, die Ausschaltung der Räte, die ausbleibende Sozialisierung und die schlechte Ernährungssituation hatte. Die Unzufriedenheit entlud sich in Streiks im Bergbau und Massendemonstrationen gegen das Betriebsrätegesetz, das die Betriebsräte auf die »Unterstützung der Betriebsleitung« und die »Verhinderung von Erschütterungen« festlegte. Die Großdemonstration der USPD vor dem Reichstag wurde am 13.1.1920 von der Reichswehr zusammengeschossen, 42 Todesopfer und viele Verletzte waren zu beklagen.

Im Herbst 1919 reiste der junge Stuttgarter Spartakist Jakob Walcher nach Heidelberg zum 2. Parteitag der am Jahresbeginn gegründeten Kommunistischen Partei. Die Ermordung ihrer wichtigsten Führer Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches war einer »Enthauptung« der Partei gleichgekommen, der ein schrecklicher Wirrwarr folgte, in dem »niemand mehr wusste, wer Koch und wer Kellner ist« (Stock/Walcher 1998: 54).

Angelegt war der Wirrwarr allerdings schon beim Gründungsparteitag, den Walcher zusammen mit Wilhelm Pieck geleitet hatte, im Grunde ein Vereinigungskongress von linksradikalen Gruppen der »Internationalen Kommunisten« und des Spartakusbundes. Während Fritz Heckert dafür plädiert hatte, »die gewerkschaftlichen Arbeiter in der politischen Bewegung zu erfassen«, sprachen sich die meisten Diskussionsteilnehmer für einen Austritt aus. Syndikalistische Vorstellungen ziel-

ten auf eine Ablehnung von Tarifverträgen und für direkte Kämpfe von Belegschaften. Paul Frölich, der als einziger Vertreter der linksradikalen IKD (Internationale Kommunisten Deutschlands) in die Zentrale gewählt wurde, forderte »Heraus aus den Gewerkschaften!« und die Gründung politisch-sozialer Einheitsorganisationen. Rosa Luxemburg lehnte zwar die Einheitsorganisation ab, glaubte aber, Gewerkschaften durch ein System von Betriebsräten ersetzen zu können (Weber 1993: 163). Entsprechend disparat agierten die regionalen Gruppen.

Kontroversen in der Gewerkschaftsfrage

Dieser Zustand sollte durch den »Heidelberger Parteitag« beendet werden, der mit ca. 100 Teilnehmer*innen vom 20.-24. Oktober 1919 illegal und als »wandernder Kongress« in Heidelberg, Mannheim, Dilsberg und auf der Wachenburg bei Weinheim an der Bergstraße tagte – einem Ausflugslokal. Ihre »spartakistische Aufmachung«, wie Hornbrillen, sollten die Delegierten zu Hause lassen, um nicht aufzufallen.

Karl Radek, der Abgesandte der Bolschewiki in Deutschland, hatte aus dem Gefängnis einen Brief geschrieben, der zum Auftakt des 2. Parteitags verlesen wurde. Radek kritisierte darin massiv die Beschlüsse des Gründungsparteitags der KPD, Wahlen zu boykottieren und vor allem den Versuch der Parteilinken, wie im Ruhr-Bergbau die Gründung eigener Gewerkschaften, der »Arbeiterunionen«, zu unterstützen.

Von solchen syndikalistischen Ideen waren 1919 »weite Teile der Partei« und der vom sozialfriedlichen Kurs der Gewerkschaftsvorstände enttäuschten radikaleren Arbeiter erfasst (Frölich 2013: 209). Angesichts eines ungeheuren Wachstums der Gewerkschaften von 1,5 Mio. Ende 1918 auf über 7 Mio. Ende 1919 lag darin aber die Gefahr einer weiteren Isolierung der Kommunisten von der großen Mehrheit der Klasse. Walcher plädierte für eine Gewerkschaftspolitik, die über die Begrenzung auf reine Lohnfragen hinausgeht, »politische Neutralität« aufgibt und den Massenstreik als politisches Kampfmit-

tel einsetzt. Dazu dürfe man aber nicht austreten, sondern müsse »den Kampf um die Massen« in den Gewerkschaften führen (KPD 1919: 56). Die Modernisierungsimpulse hin zu dem Prinzip »ein Betrieb – eine Gewerkschaft« wurden allerdings von ihm so wenig erkannt wie von den noch stark berufsständisch organisierten Gewerkschaften.

Die vom Gründungsparteitag beschlossene Ablehnung der Beteiligung an Wahlen und Gewerkschaftsarbeit wurde korrigiert, die Machtergreifung durch Minderheiten ebenso abgelehnt wie Sabotageaktionen. Nach der Annahme der Leitsätze musste die Minderheit den Parteitag verlassen, am Folgetag wurde ihr in Mannheim das Betreten des Saals verweigert. Allerdings stieß dieses rigorose Vorgehen des Parteivorsitzenden Paul Levi viele vor den Kopf, die durchaus zu Kompromissen bereit waren. Es sei Levis Schuld, viele radikale Arbeiter in das Lager der KAPD (Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands) getrieben zu haben (Blois/Wilde 2007: 37).

Zentralismus und Föderalismus

»Reinigung« überschrieb Paul Levi einen Kommentar über die Vorgänge in der »Internationale« und verwendete einen Begriff, der 15 Jahre später in den Moskauer Prozessen einen blutigen Beiklang bekommen sollte. Paul Levi, bis zu ihrer Ermordung enger Mitarbeiter Luxemburgs und eher widerwillig in die Rolle des faktischen Parteivorsitzenden geraten, wollte die regionalen Gruppierungen zu einer einheitlich agierenden Partei vereinigen, hatten doch die regionalen Strukturen (etwa in den Räterepubliken) weitgehend autonom und auch unkoordiniert agiert und so ihre Niederwerfung erleichtert.

Die Ablehnung zentralistischer Strukturen durch die linksradikale Minderheit speiste sich aus den Erfahrungen mit dem Vorstand der SPD, der während des Krieges oppositionelle Mitglieder oder ganze Ortsverbände rigoros ausgegrenzt hatte. So hatte Johann Knief, der Führer der Bremer Linksradikalen, dem Spartakus-Organisator Leo Jogiches schon 1918 vorgeworfen, den Spartakusbund zu einer »Führerpar-

tei« machen zu wollen und »den Föderalismus« zum »einzig richtigen Organisationsprinzip für eine revolutionäre Partei« erklärt (Frölich 2013: 166). Ausgerechnet der mit Jogiches aufs herzlichste verfeindete Radek musste dann Knief von der Notwendigkeit einer Einigung überzeugen, während Jogiches von den föderalistischen Linksradikalen eine bolschewistische Unterwanderung befürchtete.

Nicht ohne Berechtigung war aus heutiger Sicht allerdings der Hinweis der »Linksradikalen«, dass angesichts der sozialen und politischen Zerklüftung eine »Diktatur des Proletariats« Gefahr laufe, nicht Klassendiktatur zu sein im Sinne einer »Diktatur von unten nach oben«, sondern Herrschaft einer Strömung über die gesamte Partei.

Parlamentarismus und Räte

Die Arbeiter- und Soldatenräte waren die zentralen Akteure der Novemberrevolution gewesen, für Linksozialisten und Kommunisten sollten sie die Basis der angestrebten sozialistischen Gesellschaft bilden – als Form direkter und sozialer Demokratie. Mit der Unterstützung allgemeiner Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung durch den Reichsrätekongress stellte sich allerdings die Frage nach der Position der KPD zur Wahlfrage.

Frölich beschreibt in seinen Erinnerungen selbstkritisch die aus radikalen Stimmungslagen sich ergebende Selbstüberschätzung lokaler und oft junger Akteure in den revolutionären Zentren, für die die »Nationalversammlung nicht ein lebendiges politisches Faktum« darstellte, das in »Millionen Köpfen lebendig war«, sondern eine angesichts der erwarteten Revolutionsdynamik völlig bedeutungslose »Schwatzbude« (ebd.: 165). Daher votierten fast drei Viertel der Delegierten des Gründungsparteitags gegen die Wahlbeteiligung und die entsprechende Empfehlung der »Zentrale«.

Walchers Weggefährte Fritz Rück, der erste Vorsitzende des Stuttgarter Arbeiterrats, hatte noch im Dezember 1918 geglaubt, die »Kerenski-Periode«, also die Zeit einer parlamentarischen Regierung vor der Machtübernahme durch

die Räte, werde in Deutschland »auf wenige Tage« zusammenschrumpfen. Dabei begrenzte sich die Machtbasis dieser radikalen Arbeiterräte auf die lokalen Großbetriebe und endete spätestens an den Stadtgrenzen. Die meisten Arbeiterräte, meist erfahrene sozialdemokratische und gewerkschaftliche Vertrauensleute, votierten für die Einberufung der Nationalversammlung, hatten sie doch Jahrzehnte für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht gekämpft. Nicht zufällig begründete Rosa Luxemburg die Teilnahme am Parlamentarismus mit der Aufgabe, »die Massen zu schulen«. Statt der platten Parole »Maschinengewehr oder Parlamentarismus« forderte sie beim Gründungskongress einen »etwas verfeinerten Radikalismus«, der auf die geistige Revolutionierung zielt und dafür auch das Instrument des Wählens nutzt, um von der Minderheit zur herrschenden Macht zu werden, von innen heraus diejenigen »aus dem Tempel zu weisen«, die darin nichts verloren haben (Weber 1993: 101ff.). Nur wenige dürften gewusst haben, dass hier auch Warnungen mitklingen, die sie in der im Herbst 1918 geschriebenen und von Levi 1922 nach seinem Parteiausschluss publizierten Arbeit »Zur russischen Revolution« formuliert hatte: dass es gelte, die Ungleichheit und Unfreiheit »unter der süßen Schale« der bürgerlichen Demokratie zu enthüllen – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, »sondern sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen«. Die KPD korrigierte in Heidelberg zwar ihre ablehnende Haltung zur Wahlbeteiligung, keineswegs aber zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht.

In seiner Nachbetrachtung zum Heidelberger Parteitag beschrieb August Thalheimer am 1. November in der »Internationale«, dass die deutsche radikale Linke »wie gebannt auf das Vorbild des russischen Proletariats, das in kurzen acht Monaten die politische Macht eroberte« starrte und fälschlich glaubte, dies sei das Muster auch für die Umwälzung im Westen (Thalheimer 1919:

Erhard Korn ist Vorsitzender des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg.

Feministische Fragen zum Frauen*streik 2019

Die Beiträge von Widerspruch 74 spiegeln offene Fragen und Diskussionen nach dem Frauenstreik in der Schweiz im Juni 2019. Sie handeln vom Verhältnis zwischen feministischer Bewegung und Organisation: Wie gehen AktivistInnen mit den Eigendynamiken von florierenden und wieder abebbenden Bewegungen um? Was passiert in Ländern und Regionen mit starken und bleibenden Mobilisierungen, und was lässt sich davon auf die Schweiz übertragen?



ca. 216 Seiten, Fr. 25.–
(Jahresabonnement für 2 Hefte Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
vertrieb@widerspruch.ch

www.widerspruch.ch

287). Die Nachahmung des sowjetischen Wegs, damals durchaus noch wegen der Gefahr der »Selbsttäuschung« diskutiert, sollte jedoch zum Charakteristikum der kommunistischen Parteien werden.

Desolater Zustand

Die Anerkennung der »Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik« war vom Heidelberger Parteitag als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft fixiert worden. Es folgte eine längere Diskussionsphase, nach der die Leitsätze vom Karlsruher Parteitag (25./26.2.1920) neben dem Parteiprogramm zum »Grundgesetz der Partei« erklärt wurden, dessen Anerkennung Voraussetzung einer Parteimitgliedschaft sei (KPD 1920: 7). Die Bezirke, die den Leitsätzen in ihren Konferenzen nicht zugestimmt hatten, wurden ausgeschlossen. Die KPD verlor etwa die Hälfte ihrer 100.000 Mitglieder. In Berlin verblieben von 12.000 nur etwa 800 bei der Partei (Frölich 2013: 217). Für die KPD (S) (Kommunistische

Partei Deutschlands [Spartakusbund]) bedeutete der Karlsruher Parteitag den Beginn einer Konsolidierung auf niedrigem Niveau, zumal ihre Zeitungen kurzzeitig wieder erscheinen durften.

Dies bewahrte die Partei aber nicht vor grotesken Fehleinschätzungen. Gerade drei Wochen vor dem Kapp-Putsch, dessen Inspirator Ludendorff war, bis 1918 der faktische Leiter der Obersten Heeresleitung, wurde die junge Weimarer Republik charakterisiert als »unumschränkte Militärherrschaft« der »Ludendorffer«, »verhüllt durch eine parlamentarisch-demokratische Scheinregierung«. Beschworen wurde die Erwartung, der Kapitalismus befinde sich in seiner finalen Krise und werde »international nicht in der Lage sein, sich wieder aufzurichten«, so Clara Zetkin (KPD 1920: 71).

Die Berichte und Diskussionen zeigten allerdings einen desolaten Zustand bei Mitgliedschaft (»schlechtes Menschenmaterial«), Organisation und Finanzen (»Bankrott«). Besonders düster stand es um die Beteiligung von Frauen, die in der Kriegszeit noch aktiver Teil der Opposition gewesen waren. Vermutlich hatte der Aufruf zum Wahlboykott bei Frauen, die ja im Januar 1919 zum ersten Mal wählen durften und in den alternativen Räten kaum vertreten waren, wenig mobilisierend gewirkt. Nun musste von der KPD beklagt werden, dass bei den Bezirkskonferenzen »nicht eine einzige Frau da war«.

»Wir haben überhaupt noch keine Partei«, urteilte Heinrich Brandler. Und was man in Rheinland-Westfalen habe, sei schlimmer, als wenn man nichts habe (KPD 1920: 18, 26, 51). Propagiert wurde von ihm Kleinarbeit in den Gewerkschaften. Zur Diskussion auf dem 3. Parteitag kam es allerdings nicht mehr: die Delegierten wurden verhaftet und mit der Straßenbahn nach Karlsruhe ins Polizeipräsidium transportiert.

Parallel erfolgte von Hamburg aus ein Sammlungsprozess der Ausgeschlossenen, der im April 1920 in die Gründung der »Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands« mit anfangs ca. 38.000 Mitgliedern mündete (Bock 1969: 225). Dieses Projekt wurde jedoch von Beginn an destabilisiert durch

interne Konflikte und geriet in Verruf durch die völkisch-nationalbolschewistischen Konzepte, mit denen die Hamburger Meinungsführer Laufenberg und Wolffheim eine »Querfront« zwischen Roter Armee und rechter Reichswehr gegen den Versailler Vertrag schafften und den Krieg fortsetzen wollten (Frölich 2013: 219).

Der Kapp-Putsch und die KPD

Dass sich der Kurs der KPD noch nicht wirklich geklärt hatte, zeigte sich beim Kapp-Putsch (13.3.20). Die vom Vertrag von Versailles geforderte Auflösung von Freikorps und Reichswehrverbänden war der Hintergrund für den Einmarsch der Marinebrigade Ehrhardt in Berlin, die unter dem Befehl des Generals Lüttwitz und unterstützt von Ludendorff den deutschnationalen Wolfgang Kapp zum Reichskanzler ausrief.

Ganz im Ton der Hamburger Linksradikalen, die kurz vorher erklärt hatte, sie würden mit Freuden zusehen, wenn sich Ludendorff und Scheidemann (der erste SPD-Ministerpräsident) gegenseitig ins Gesicht schlagen, riet die Parteiführung zunächst von Aktionen ab: »Das Proletariat wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik«, verkündete die KPD am 13. März und war somit auch nicht in der zentralen Streikleitung vertreten. Die Arbeiterklasse sei »nicht aktionsfähig«, hieß es in einer weiteren Fehleinschätzung der Lage. Zwölf Millionen hatten sich am 15.3. bereits dem von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik angeschlossen, der den Putsch nach vier Tagen zusammenbrechen ließ. Nun unterstützte auch die KPD den Generalstreik und rief zur Neuwahl von Arbeiterräten auf.

Die Führung des ADGB unternahm in dieser Situation eine Initiative zur Bildung einer Arbeiterregierung »von den christlichen Gewerkschaften bis zur USPD« mit dem Ziel der Entwaffnung der Konterrevolution und der Bewaffnung der Arbeiter. Bei Verhandlungen der Streikleitung am 21.3. sagte Jacob Walcher für die KPD ja zur Arbeiterregierung, Pieck aus prinzipiellen Gründen nein, sicherte aber eine »loyale Opposition« zu (Rosenberg 1981:

151). Schließlich verweigerte sich auch die USPD.

Levi betonte zwar in der Roten Fahne (26.3.), dass in diesem Augenblick nicht die Räterepublik das Ziel sein könne; die Arbeiterregierung sei der »wirkliche Ausdruck des derzeitigen Willens und der derzeitigen Kräfteverhältnisse des Proletariats«, konnte sich aber nicht durchsetzen. Die Zusage einer »loyalen Opposition« wurde wenige Tage später vom Zentralausschuss der KPD zurückgenommen, die hier mehrfach in ihren Entscheidungen schwankte (Flechtheim 1969: 149). Levi sprach am 16.3.1919 in einem Brief aus der Schutzhaft, wo er bis zum 25. März festgehalten wurde, von einem moralischen und politischen Bankrott. Er sah eine große Chance vertan, die »Konsolidierung als Klasse«, den Einfluss der Arbeiterklasse und der Arbeiterräte auszubauen – und damit auch die Republik zu stabilisieren durch Schritte der Demokratisierung und der Entwaffnung der Konterrevolution. Die Arbeiter hofften »nicht auf meine Wiederkehr der alten Koalitionsregierung, sondern wünschten eine Neugestaltung der Politik, die den sozialistischen Kräften der Arbeiterbewegung entscheidenden Einfluss ermöglichen sollte.« (Neuschl 1983: 283) Doch in allen Arbeiterparteien waren diejenigen zu schwach, die dies gewagt hätten – auch das gegenseitige Misstrauen konnte nicht überwunden werden.

Die den Gewerkschaften von der Regierung gemachten Zusagen auf Umgestaltung der Reichswehr und einen Verzicht auf ein Vorgehen gegen die Arbeiterwehren wurden nicht umgesetzt. Kaum war der Putsch beendet, marschierten die Offiziere, die sich gerade geweigert hatten, die Republik zu schützen, in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet ein, um die Arbeiter niederzuwerfen. Ossietzky schrieb am 1. April: »Die Soldateska, die von Lüttwitz zu Seeckt hinübergewechselt hat, wirtschaftet ungestört weiter. Übergriffe schlimmster Art sind an der Tagesordnung. Arbeiter, die zur Verteidigung der Republik die Waffen erhoben haben, werden von Seeckts »republikanischen Truppen« vor Standgerichte geschleppt.«

Die Enttäuschung über die SPD drückte sich bei den Reichstagswah-

len im Juni 1920 in einer Halbierung ihrer Stimmen aus; die USPD blieb mit fünf Millionen Stimmen nur wenig hinter der SPD, verbesserte sich von 7,6% auf 18% und wuchs zur Massenpartei mit fast 900.000 Mitgliedern. Die KPD erreichte mit ihren damals 78.000 Mitgliedern nur 2% und wurde erst durch den Zusammenschluss mit dem linken Flügel der USPD im Oktober 1920 zur Massenpartei.

Tragödie

Nach Abreise der vor den Putschisten nach Stuttgart geflüchteten Reichsregierung schickte der Württembergische Staatspräsident Wilhelm Bloß (SPD), früheres Mitglied in Marx' Kommunistenbund und nun glühender Anhänger Noskes, Reichswehrverbände nach Rheinland-Westfalen. Bloß sah dort einen von »russischen Agenten« sorgfältig vorbereiteten kommunistischen Aufstand (Bloß 1922: 142f.). Dabei war auf dem kommunistischen Parteitag in Karlsruhe gerade beklagt worden, dass die Partei dort praktisch nicht existent war (KPD 1920: 16). Rechte Parteiführer wie Bloß und Noske interpretierten den Gang der Ereignisse nach dem Schema der Oktoberrevolution, fürchteten die alleinige Machtübernahme der Kommunisten (Noske 1946: 163, 166). Ebenso glaubten viele Kommunisten, nach dem Vorbild der Bolschewiki und den Abfolgen der russischen Revolution agieren zu können. Kompromisse mit dem bürgerlichen Staat und bürgerlichen Parteien wurden vom 3. Parteitag zum menschenwichtigen Weg ins Lager der Konterrevolution erklärt (KPD 1920: 5).

Die Realitäten gerieten beiden Seiten aus dem Blick. Die Arbeiterklasse konnte ihre Stärke nur im gemeinsamen Agieren entfalten, weshalb sich auch das Handeln an dem hätte ausrichten müssen, was diese Klasse gemeinsam zu bewirken bereit war. Levi nannte das damals »Konsolidierung als Klasse«. Auch Angestellte, Beamte und Kleinbürgertum hätten sich, auch mit den Mittelparteien DDP und Zentrum – wenigstens in relevanten Teilen – nur durch ein solches gemeinsames Agieren auf einen demokratisch-sozialistischen Weg und damit eine Konsolidierung der Re-

publik eingelassen (Rosenberg 1981: 74). Die Sozialisierung der Schwerindustrie und des Bergbaus wurde hier durchaus unterstützt.

Die Chance für eine solche Politik war zumindest unmittelbar nach dem Kapp-Putsch gegeben. Natürlich bleibt fraglich, ob sie erfolgreich gewesen wäre. Noske sprach von Gewerkschaftsdiktatur (Noske 1946: 164) und berief sich auf Reichswehrgeneräle; aber er musste den Hut nehmen und die SPD rechnete auf ihrer Reichskonferenz im Mai scharf mit seiner Politik ab. Clara Zetkin wiederum, nicht frei von chilisatischen Anwandlungen, sprach von Rächern, die aus dem Blut der Gemordenen entstehen. Dass die Arbeiterparteien und Gewerkschaften einen gemeinsamen Nenner nicht finden konnten, geriet schließlich zur Tragödie.

Literatur

- Blois, Marcel/Wilde, Florian (2007): Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Demokratie? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung Heft 2, 2007.
- Bloß, Wilhelm (1922): Von der Monarchie zum Volksstaat, Stuttgart.
- Bock, Hans Manfred (1969): Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Meisenheim am Glan.
- Flechtheim, Ossip (1969): Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M.
- Frölich, Paul (2013): Im radikalen Lager, Berlin.
- KPD (1919): Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).
- KPD (1920): Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).
- Neuschl, Sylvia (1983): Geschichte der USPD in Württemberg, Berlin.
- Noske, Gustav (1946): Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach.
- Rosenberg, Artur (1981): Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a.M.
- Stock, Ernst/Walcher, Karl (1998): Jacob Walcher, Berlin.
- Thalheimer, August (1919): Parlamentarismus, in: Die Internationale 15/16 1919.
- Weber, Hermann (1993): Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitags, Berlin.